

Bern, 6. Januar 2014

## Die Initiative „gegen Masseneinwanderung“ schafft Probleme und bietet keine Lösungen

**Heute haben Verbände aus allen Branchen der Schweizer Wirtschaft gemeinsam vor den Medien dargelegt, warum sie die SVP-Initiative „gegen Masseneinwanderung“ ablehnen. Die Initiative löst keine Probleme, sondern gefährdet den erfolgreichen Bilateralen Weg. Sie vermischt Arbeitsmarkt-, Ausländer- und Asylpolitik, schafft eine teure Bürokratie, verschärft den Fachkräftemangel und stellt die Schweizer Wirtschaft ins Abseits.**

Gemeinsam traten heute der Schweizerische Arbeitgeberverband, der Schweizerische Gewerbeverband, scienceindustries, hotelleriesuisse, ICTswitzerland, der Schweizer Bauernverband, der Arbeitgeberverband der Schweizer Uhrenindustrie, H+ Die Spitäler der Schweiz, TVS Textilverband Schweiz, der Schweizerische Versicherungsverband, Swissmem und economiesuisse vor die Medien. Sie legten dar, dass die Personenfreizügigkeit und der Bilaterale Weg für die Schweiz unverzichtbar sind. Die Schweizer Wirtschaft und Bevölkerung profitieren stark von der Personenfreizügigkeit und den Bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union (EU). Europa ist der wichtigste Handelspartner der Schweizer Wirtschaft. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt von dieser Beziehung ab und jeder dritte Export-Franken wird in Europa verdient. Dank der Personenfreizügigkeit können Schweizer in der EU arbeiten und umgekehrt. Das ermöglicht den Schweizer Unternehmen – sei es in der Landwirtschaft oder im Gesundheitswesen, in der Industrie oder im Tourismus, im Dienstleistungs- oder Technologiebereich – bei Bedarf fehlende Fachkräfte im europäischen Ausland zu rekrutieren.

### Erfolgreiche Schweiz - auch dank der Personenfreizügigkeit

Die Schweiz ist gemäss World Economic Forum das wettbewerbsfähigste Land auf der Welt. Kennzeichen dieses Erfolges sind die hohe Erwerbsquote und ein BIP-Wachstum pro Kopf, trotz einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Wirtschaftsstandort Schweiz zeichnet sich aus durch Innovation. Deshalb sind Schweizer Produkte weltweit gefragt. Die hohe Wertschöpfung, die Arbeitsplätze und Wohlstand schafft, ist nur mit den nötigen Fachkräften zu erreichen. Da die Schweiz ein kleines Land mit entsprechend beschränkten Personalressourcen ist, braucht der Wirtschaftsstandort Fachkräfte aus Europa. Die Personenfreizügigkeit leistet hierzu einen unverzichtbaren Beitrag. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Schweizer Wirtschaft ihre Fachkräfte komplementär rekrutiert. Eine Verdrängung von Schweizer Arbeitskräften findet nicht statt, was auch von verschiedenen Studien bestätigt wird.

### Ein Kontingent-System bringt Nachteile

Anstatt der erfolgreichen Personenfreizügigkeit schlägt die Initiative eine Rückkehr zum Kontingentssystem vor. Die Schweiz hat vor der Personenfreizügigkeit negative Erfahrungen mit einem solchen System gesammelt. Ein kompliziertes, staatlich gesteuertes Kontingentsystem garantiert nicht, dass jene Personen zugelassen werden, die der Arbeitsmarkt tatsächlich braucht. Vielmehr führt eine solche Lösung zu hohen Verwaltungskosten auf staatlicher und unternehmerischer Seite aufgrund von langen Verfahren und Rekursen.

## Die Bilateralen Verträge nicht gefährden

Die EU hat sich verschiedene Male klar zu den Folgen einer Kündigung der Personenfreizügigkeit geäußert. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit lässt sehr wenig Spielraum für Neuverhandlungen. Es besteht die Gefahr eines Verlustes sämtlicher Bilateralen Verträge mit der EU. Auf dem Spiel steht etwa das Forschungsabkommen, dank welchem die Schweiz als gleichberechtigter Partner an europäischen Forschungsprogrammen teilnehmen kann. Das sorgt für finanzielle Mittel und stärkt den Innovationsstandort Schweiz. Aber auch das Landwirtschaftsabkommen ist in Gefahr. Aufgrund dieses Abkommens konnte in den letzten Jahren der Käseexport in die EU bei gleich bleibenden Preisen enorm gesteigert werden. Besonders wichtig ist auch das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse. Schweizer Exporteure sparen dank diesem Abkommen jährlich bis zu 500 Millionen Franken, weil sie ihre Produkte nicht mehr in jedem einzelnen Land prüfen lassen müssen. Das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen sorgt dafür, dass sich die Schweizer Wirtschaft mit grossem Erfolg gleichberechtigt an öffentlichen Ausschreibungen in den EU-Ländern beteiligen kann. Insgesamt betrifft dies ein Auftragsvolumen von 1500 Milliarden Franken pro Jahr. Alle diese Verträge und zusätzlich die wichtigen Abkommen über Land- und Luftverkehr gefährdet die Initiative „gegen Masseneinwanderung“ erheblich.

## Nein zu einem gefährlichen Spiel

Das Fazit der Schweizer Wirtschaft lautet: Die Initianten spielen ein sehr gefährliches Spiel, wenn sie die erfolgreichen und äusserst wichtigen Bilateralen Verträge riskieren. Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich mehrmals klar für den Bilateralen Weg ausgesprochen. Dieser Bilaterale Weg hat sich gerade in der global grössten Finanz- und Wirtschaftskrise als Erfolgsmodell erwiesen. Zu diesem Bilateralen Weg gehört auch die Personenfreizügigkeit. Die Initiative „gegen Masseneinwanderung“ ist deshalb am 9. Februar 2014 abzulehnen.



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Medienkonferenz vom 6. Januar 2014

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **Personenfreizügigkeit und Arbeitsmarkt: Eine Erfolgsgeschichte**

***Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband***

Die Schweiz ist heute eines der erfolgreichsten Länder der Welt. Davon profitieren Wirtschaft und Bevölkerung gleichermaßen. Wir verkaufen unsere Produkte und Dienstleistungen auf der ganzen Welt. Darum geht es den Schweizerinnen und Schweizern auch so gut. Noch nie hatten wir einen solchen Wohlstand wie heute. Darauf können wir getrost stolz sein.

Zu verdanken haben wir unseren Erfolg auch dem sehr gut funktionierenden und florierenden Arbeitsmarkt. Wesentlicher Bestandteil dieses Arbeitsmarktes ist die Möglichkeit, unkompliziert und rasch die nötigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu rekrutieren. Dank der Personenfreizügigkeit bestehen diese Rekrutierungsmöglichkeiten auch im europäischen Ausland. Darauf sind die Schweizer Arbeitgeber angewiesen. Schon heute – und noch mehr in Zukunft. Weil unsere Unternehmen sich immer mehr in hochtechnologischen und innovativen Branchen bewegen – und zwar aus globaler Perspektive – brauchen wir auch die notwendigen Spezialisten. Leider sind diese in der Schweiz inzwischen vielfach Mangelware und müssen im Ausland gesucht werden.

Wer die Schweiz und damit den Arbeitsmarkt abschotten will, beraubt uns unserer Innovation. Auf der Strecke bleiben Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Nicht zuletzt aus diesen Gründen lehnt der Schweizerische Arbeitgeberverband die SVP-Initiative ab.

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

### **Auskünfte und Rückfragen:**

- Valentin Vogt, Präsident, Tel. +41 (0)44 810 16 40, Mail: [vogt@arbeitgeber.ch](mailto:vogt@arbeitgeber.ch)

## **Medienkonferenz der Wirtschaft: Kosten durch bürokratischen Mehraufwand verhindern**

**Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren

Bereits vor zwei Jahren verlangte der Schweizerische Gewerbekongress – die Basis der KMU-Wirtschaft – im Rahmen einer Wachstumsresolution: „Arbeitsmarktpolitik: Schluss mit staatlicher Kontrollbürokratie – Weiterführung der Personenfreizügigkeit“.

Damit die Schweizer KMU ihr Potential auch in Zukunft voll entfalten können, müssen die Regulierungskosten markant gesenkt und staatliche Fesseln abgebaut werden. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv misst deshalb dem Kampf gegen die überbordende und um sich greifende Bürokratie ein besonderes Gewicht bei.

Schon heute sind vor allem die KMU übermässig mit Administrationsarbeiten beschäftigt, die ihren Ursprung bei Reglementierungen und Vorgaben von Seiten Staat haben. Wer nun anstatt der heute flexiblen Lösung, eine Kontingentsystem für die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften vorschlägt, will einmal mehr die staatliche Bürokratie ausbauen. Geht es nach den Initianten, sollen nämlich staatliche Stellen entscheiden, wer wo gebraucht wird. Unsere Unternehmen müssen das Heft aus der Hand geben und dürfen dann im Gegenzug einen Formulkrieg führen. Die Konsequenz daraus: Einmal mehr bleibt noch weniger Zeit für das eigentliche Kerngeschäft. Und zusätzlich dürfen die Unternehmen dann die entstehenden Kosten beim Staat mit höheren Steuern berappen.

Für den sgv ist klar: Unsere Mitglieder wollen keine staatliche Planwirtschaft. Und sie wollen eine solche staatliche Planwirtschaft auch nicht über noch höhere Steuern finanzieren. Für die Mitglieder des Schweizerischen Gewerbeverbandes ist das heute gültige liberale System gewinnbringender. Weil die Personenfreizügigkeit nicht verhandelbar ist, sagt der sgv aus Überzeugung Nein zur Masseneinwanderungs-Initiative.

### **Weitere Auskünfte**

Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband, Mobile 079 285 47 09

**Die Nummer 1:** Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.

Statement Christoph Mäder, Präsident scienceindustries

## NEIN zur SVP-Abschottungs-Initiative

---

Der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit der EU und die Möglichkeit, Experten aus aller Welt in die Schweiz zu holen, sind absolut zentrale Voraussetzungen, damit die Schweiz in Forschung und Entwicklung international an der Spitze bleibt.

Die scienceindustries-Unternehmen beschäftigen in der Schweiz rund 65'000 Personen, davon sind 45% EU-Bürger. Die EU ist für die scienceindustries-Unternehmen somit eine wichtige Rekrutierungsregion für hochqualifizierte Fachkräfte in Forschung, Produktion und Verwaltung. Ohne diese Fachkräfte verlöre der Standort Schweiz international an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Schon heute beschäftigen die scienceindustries-Unternehmen in der EU mehr als 120'000 Personen, also doppelt so viele wie in der Schweiz.

Bei einer Annahme der SVP-Abschottungsinitiative droht der Schweiz die Kündigung der Bilateralen I. Dies hätte zusätzlich zu den erwähnten negativen Folgen durch den Verlust der Personenfreizügigkeit für unsere Industrie weitere fatale Konsequenzen.

Im Bereich der technischen Handelshemmnisse würde beispielsweise die heute vertraglich gesicherten gegenseitige Anerkennung der Good Manufacturing Practice GMP für pharmazeutische Produkte wegfallen, sodass beim Import in die EU die Produkte auf ihre Konformität mit diesen Herstellungsanforderungen erneut überprüft werden müssten.

Eine Aufkündigung der Bilateralen I hätte auch negative Folgen für die Forschenden im ETH-Bereich und an den kantonalen Universitäten. Die Schweiz ist seit 2004 assoziierter Staat bei den europäischen Forschungsrahmenprogrammen. Seither hat sich diese Zusammenarbeit zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt und mitgeholfen, den Forschungsstandort Schweiz international an die Spitze zu bringen.

Als grösste Exportindustrie der Schweiz, welche wesentlich dank Innovationen zum Wohlstand der Schweiz beiträgt, sind wir darauf angewiesen, dass die öffentlichen Hochschulen in der Grundlagenforschung internationale Exzellenz erreichen und für die Industrie hochqualifizierten Nachwuchs ausbilden.

Aus all diesen Gründen setzt sich scienceindustries als Dachverband der Pharma-, Chemie- und Biotechindustrie für ein deutliches Nein zur SVP-Abschottungsinitiative ein.

### Medienkontakt:

Marcel Sennhauser, Leiter Kommunikation scienceindustries  
marcel.sennhauser@scienceindustries.ch, Telefon +41 44 368 17 44

Bern, 6. Januar 2014

**Hotellerie lebt von unkomplizierten Rekrutierungsmöglichkeiten in der EU**

Guglielmo L. Brentel, Präsident hotelleriesuisse

---

*Es gilt das gesprochene Wort.*

hotelleriesuisse lehnt die Abschottungsinitiative der SVP klar ab. Sie ist nicht mit der Personenfreizügigkeit vereinbar, die zweifellos massgeblich zum Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum in der Schweiz beiträgt. Mit einem der höchsten Anteile an Erwerbstätigen aus der EU und einem Ausländeranteil von mehr als 40 Prozent ist die Hotellerie auf die Weiterführung der Personenfreizügigkeit angewiesen. Die Schweiz gilt als attraktiver Arbeitsstandort – die durch die Initiative verursachte mühsame Bewilligungspraxis und Kurzaufenthaltsbewilligungen schaden diesem Image. Zudem wäre die Rekrutierung insbesondere von qualifizierten Fachkräften in der Hotellerie massiv erschwert, da die Initiative Kontingente und Höchstzahlen auf gesamtschweizerischem Niveau und nicht nach Branchen fordert. Sind die Kontingente ausgeschöpft, ist keine Rekrutierung mehr möglich. Im Falle einer Annahme sind kostenintensive administrative Mehraufwände unumgänglich. Der Arbeitgeber kann weniger auf saisonale Schwankungen reagieren – ein zentraler Aspekt für die Hotellerie. Aus unserer Sicht ist die Abschottungsinitiative für die Branche wie auch für die Gesamtwirtschaft äusserst schädlich und löst die Probleme im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum nicht. *(Ende)*

**Medienauskünfte:**

Manuel Staub,

Leiter Kommunikation

031 370 42 80

manuel.staub@hotelleriesuisse.ch

Medienkonferenz der Wirtschaft: NEIN zur SVP-Abschottungs-Initiative

## **Qualifizierte Arbeitskräfte als Standortvorteil**

Die ICT-Anwender- und ICT-Lieferantenunternehmen der Schweiz sind auf einen offenen Arbeitsmarkt angewiesen; für viele Unternehmen ist es überlebenswichtig, dass sie unkompliziert Fachkräfte aus Europa einstellen können. Die Anzahl der ICT-Beschäftigten ist in den letzten zwanzig Jahren um mehr als 50 Prozent auf über 177'000 Personen gestiegen und wird weiter zunehmen. Der Bedarf kann nicht ausschliesslich mit inländischen Fachkräften gedeckt werden. Statistiken zeigen, dass in den kommenden Jahren nicht ausreichend Neuabsolventen verfügbar sind und dass aufgrund zahlreicher anstehender Pensionierungen weitere Lücken entstehen.

Die Unternehmen haben das Problem seit längerem erkannt und investieren intensiv in die Ausbildung. Beispielsweise konnten in den letzten drei Jahren bereits 1'000 neue Lehrstellen geschaffen werden. Trotzdem wird man auch weiterhin auf ausländische Fachkräfte angewiesen sein, der Pool an qualifizierten Arbeitskräften ist in der Schweiz zu klein. Hinzu kommt, dass bei einem geschlossenen Arbeitsmarkt, ohne unkomplizierten Zugang von Europa, die Branchen untereinander vermehrt um Fachkräfte konkurrieren müssten. Gelingt es der ICT-Wirtschaft mehr Fachkräfte anzuwerben, würden diese woanders fehlen.

Im internationalen Standortwettbewerb ist die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften ein entscheidender Faktor – dies gilt insbesondere für mobile Branchen wie die ICT. Finden Unternehmen in der Schweiz nicht ausreichend Fachkräfte, droht die Wertschöpfung ins Ausland abzuwandern. Die Schweizer ICT-Branche ist mit einer Brutto-Wertschöpfung von CHF 28,2 Mrd. (2011) die fünftgrösste Wirtschaftsbranche der Schweiz.

### **Thomas Flatt**

Vize-Präsident ICTswitzerland

*ICTswitzerland ist die Schweizer Dachorganisation der Verbände sowie der Anbieter- und Anwenderunternehmen von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT).*

Auskunft:

Andreas Kaelin  
+41 31 311 62 45  
andreas.kaelin@ictswitzerland.ch

## Medienkonferenz vom 6. Januar 2013

### Landwirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen

*Jacques Bourgeois, Direktor Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)*

Auf unseren Bauernbetrieben arbeiten total rund 20'000 ausländische Arbeitskräfte, ein beträchtlicher Teil davon im Gemüsebau. Der Rest in anderen arbeitsintensiven Sektoren wie dem Obstbau, dem Rebbau oder auf Höfen mit Nutztieren. Das Festlegen von jährlichen Höchstzahlen für alle Zulassungen würde deshalb der Landwirtschaft schaden. Bei Annahme der Initiative hätte sie schlechte Karten, da wertschöpfungsstarke Branchen bei der Zuteilung von Arbeitskräften bevorzugt würden und vor allem qualifizierte Fachkräfte in die Schweiz kämen. Zudem wäre die Wiedereinführung der Kontingente mit zusätzlichen Kosten verbunden. Fallen die ausländischen Arbeitskräfte weg, haben die entsprechenden Betriebe ein Problem. Sie können nicht einfach Schweizer rekrutieren, weil diese gar nicht kommen oder viel zu teuer sind. Da die ausländischen Arbeitskräfte heute vorab in der produzierenden Landwirtschaft angestellt sind, müssten diese Betriebe als Folge ihre Produktion extensivieren. Die produzierende Landwirtschaft und die Versorgung des Schweizer Marktes mit regionalen Frischprodukten würden mit der Annahme der Initiative gefährdet. Die heute eingesetzten 20'000 ausländischen Arbeitskräfte sind zu einem grossen Teil Kurzaufenthalter. Rund die Hälfte bleibt weniger als vier Monate im Land, um vor allem bei Erntearbeiten zu helfen. Von den restlichen gehen fast drei Viertel innerhalb von 4 bis 12 Monaten wieder zurück in ihre Heimat. Von Masseneinwanderung kann in unserer Branche keine Rede sein. Die Initiative stellt die bewährten bilateralen Beziehungen in Frage. Auch das wäre für die Landwirtschaft schädlich: unsere Handelsbeziehungen mit der EU sind darin geregelt. Kurz und gut: Die Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ schießt am Ziel vorbei und deshalb lehnt der Bauernverband sie ab.

*Rückfragen:*

*Jacques Bourgeois, Direktor Schweizer Bauernverband, Mobile 079 219 32 33  
[www.sbv-usp.ch](http://www.sbv-usp.ch)*





Medienkonferenz der Wirtschaft  
Bern, 6. Januar 2014

---

## **Initiative schädigt das Image der Schweiz**

Heute spreche ich einerseits als Vertreterin der Arbeitgeber der Schweizerischen Uhrenindustrie zu Ihnen. Eine Industrie, die schweizweit über 55'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in rund 570 Betrieben beschäftigt. Ich spreche andererseits auch als Vertreterin einer wichtigen Branche der Romandie zu ihnen. Betrachtet man den Verkaufswert unserer exportierten Uhren, dann sind wir Weltmeister. Wir führen Uhren im Wert von über 21,5 Milliarden Franken aus. Und diese Zahl wächst seit drei Jahren. Dieser Erfolg schafft und sichert Arbeitsplätze in der Schweiz – und dies auch in Regionen, die ausserhalb der grossen Wirtschaftszentren liegen. Zweitwichtigster Markt in absoluten Zahlen bleibt nach Asien Europa, wo unsere Industrie Uhren im Wert von fast 6 Milliarden Franken absetzt. Eines der Kernstücke der Bilateralen Verträge ist die Personenfreizügigkeit. Wer diese grundsätzlich in Frage stellt, setzt die restlichen Verträge mit Europa einer ernsthaften Gefahr aus und belastet für die Schweizer Industrie den Zugang zu einem Markt mit 500 Millionen Kunden. Nicht nur das ist ein Risiko für unseren Wirtschaftsstandort: Abschottungstendenzen schaden dem Image unseres Landes. Gerade die Uhrenindustrie setzt auf Swissness und verbindet damit das Produkt mit dem guten Image der Schweiz, in der Präzision, Verlässlichkeit, Flexibilität des Arbeitsmarktes und eben auch Offenheit an oberster Stelle stehen. Auch deshalb tritt die Uhrenindustrie heute hier auf. Es kann nicht sein, dass wir mit einer Initiative den Zugang zu wichtigen Absatzmärkten verschlechtern und gleichzeitig unser Image schädigen. Besonders wichtig aber ist für uns auch ein möglichst flexibler Arbeitsmarkt. Diese Flexibilität haben wir in den GAV-Verhandlungen gegenüber einschränkenden Forderungen unserer Sozialpartner mit Vehemenz und Erfolg verteidigt. Die Einführung von Höchstzahlen und Kontingenten bringt mehr Starrheit und Bürokratie und nimmt auch auf die regional unterschiedlichen Arbeitsmärkte ungenügend Rücksicht. Die Uhrenindustrie setzt sich täglich für eine hervorragende Bildung und Weiterbildung ein und leistet damit einen wichtigen Beitrag an die Ausschöpfung des inländischen Arbeitspotenzials. Aus den genannten Gründen setzt sich die Uhrenindustrie klar für ein NEIN gegen die Initiative ein.

Elisabeth Zölch Bühler  
Präsidentin  
Arbeitgeberverband der Schweizer Uhrenindustrie (CP) - La Chaux-de-Fonds  
[www.cpih.ch](http://www.cpih.ch)



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ  
LES HÔPITAUX DE SUISSE  
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Medienkonferenz der Wirtschaft, 6. Januar 2014

## **NEIN der Spitäler und Kliniken zur SVP-Abschottungs-Initiative**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Spitäler und Kliniken haben in den vergangenen Jahren massiv in die Ausbildung von inländischem Personal investiert. Trotzdem sind sie heute auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen und schätzen deren Leistungen. Ende 2012 stammten z.B. fast ein Viertel der Ärztinnen und Ärzte aus Deutschland. Beim Pflegepersonal kamen je rund 10% aus Frankreich und aus Deutschland.

Ein europäisch offener Arbeitsmarkt wird in Zukunft noch wichtiger, da die demografische Entwicklung der Bevölkerung sich in den nächsten Jahrzehnten nicht erheblich ändern wird: weniger junge Leute, die auf den Arbeitsmarkt kommen und immer mehr ältere Personen mit steigendem Pflegebedarf.

Geschlossene Grenzen würden das Ansehen gefährden, das die Schweizer Spitäler und Kliniken im Ausland geniessen. Ein Ja zur Initiative würde zudem die Leistungen der ausländischen Mitarbeitenden geringschätzen.

Ein Ja zur SVP-Abschottungs-Initiative wäre deshalb für die hohe Qualität der medizinischen Versorgung der Schweiz gefährlich. Auch Wissenschaft und Forschung drohten ins Mittelmass zurückversetzt zu werden.

Der nationale Verband der Spitäler und Kliniken H+ lehnt deshalb die SVP-Abschottungs-Initiative ab.

Dr. Bernhard Wegmüller, MBA  
Direktor

---

**H+ Die Spitäler der Schweiz**  
**H+ Les Hôpitaux de Suisse · H+ Gli Ospedali Svizzeri**  
Geschäftsstelle · Lorrainestrasse 4 A · 3013 Bern  
T 031 335 11 00 · F 031 335 11 70  
[bernhard.wegmueller@hplus.ch](mailto:bernhard.wegmueller@hplus.ch) · [www.hplus.ch](http://www.hplus.ch)

---

## «Die Initiative erhöht den Druck, weitere Unternehmensteile ins Ausland zu verlagern»

Medienkonferenz «Wirtschaft gegen die VI Masseneinwanderung» vom 6. Januar 2014

*Statement Andreas Sallmann, Präsident TVS Textilverband Schweiz, CEO ISA SALLMANN AG*

Ich spreche heute zu Ihnen als Präsident des Textilverbands Schweiz und als Unternehmer, für den die Bilateralen Verträge aus den drei folgenden Gründen bedeutend sind:

### **1. Fachkräftemangel**

Die Textilbranche ist bereits heute darauf angewiesen 47% der Fachkräfte (Mitarbeitende mit spezifischen Fachkenntnissen) im Ausland zu rekrutieren. Diese Mitarbeitenden müssen ein grosses, textilspezifisches Fachwissen mit weiterführenden Kenntnissen im Bereich der Produktentwicklung und Forschung/Innovation mitbringen. Davon hat es in der Schweiz, trotz unseren grossen Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung, leider nicht genügend Fachkräfte. Die Fachkräfte sind das wichtigste Kapital unserer Branche. Eine Verschärfung des Fachkräftemangels würde unserer Branche erheblich schaden.

### **2. Technische Handelshemmnisse**

Neben dem Personenfreizügigkeitsabkommen gehört das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse zu einem weiteren bedeutenden Vertrag innerhalb der Bilateralen I. Unsere Branche profitiert insbesondere weil die EU für die Schweizer Textil- und Bekleidungsindustrie der wichtigste Absatzmarkt ist. Rund 75% der Exporte gehen in die EU. Ein ungehinderter Marktzugang ist somit von grösster Bedeutung. Ein Grossteil unserer Produkte sind technische Textilien, zum Beispiel Kompressionsstrümpfe, biomedizinische Textilgeflechte oder Filtergewebe für medizinische Anwendungen. Müssten wir die nötigen Prüfungen/Bewertungen doppelt machen, erhöhen sich der administrative Aufwand und damit die Kosten enorm. Dazu käme die zeitliche Verzögerung. Können unsere Mitgliedunternehmen ihre Abnehmer in der EU nicht innert nützlicher Frist bedienen, wäre das ein grosser Nachteil gegenüber den europäischen Konkurrenten.

### **3. Unkomplizierte Beschäftigung von Schweizer Mitarbeitenden in der EU**

Aus meinem eigenen Unternehmen kann ich Ihnen folgendes Beispiele geben: Wir führen eine Tochtergesellschaft mit 160 Mitarbeitenden in Porto, Portugal. Unsere Betriebsleiterin vor Ort ist eine Schweizerin. Dank dem Personenfreizügigkeitsabkommen ist es mir möglich, unsere Schweizer Mitarbeitenden jederzeit, unkompliziert und ohne grosse bürokratische Hürden in unsere ausländischen Betriebe zu entsenden. Zugegeben, in meinem Betrieb betrifft dies nur ein paar wenige Personen. Aber gesamthaft sind es 435 000 Schweizerinnen und Schweizer, die in der EU leben und arbeiten. Die Personenfreizügigkeit ist also keine Einbahnstrasse.

Als Unternehmer – und als Vertreter meiner Berufskollegen in der Textilindustrie möchte ich betonen, wie wichtig kalkulierbare Rahmenbedingungen sind. Wären wir über Jahre einer Unsicherheit ausgesetzt, was den Zugang zum europäischen Markt betrifft, würde das eine massive Verschlechterung für den Wirtschaftsstandort Schweiz bedeuten. Eine Auslagerung weiterer Unternehmensteile oder Prozesse ins Ausland, in Märkte, die uns diese stabilen Bedingungen bieten, würde sich bei Annahme der Initiative leider aufdrängen.

Auskünfte:  
TVS Textilverband Schweiz  
Mirjam Matti Gähwiler  
+41 44 289 79 42  
mirjam.matti@tvs.ch

## Referat

von Lucius Dürr  
Anlass Wirtschaftsmedienkonferenz Masseneinwanderung  
Datum 6. Januar 2014  
Ort Bern

### Die Bedeutung der Personenfreizügigkeit für die Versicherung

Die Assekuranz ist eine bedeutende Branche der Schweizer Volkswirtschaft. 2012 erwirtschaftete sie eine Bruttowertschöpfung von rund 25 Milliarden Schweizer Franken. Das sind 40 % der gesamten Bruttowertschöpfung des Finanzplatzes Schweiz. Während der jüngsten Finanzkrise hat sich die Assekuranz als stabil und stabilisierend erwiesen.

Zwei der weltweit führenden Versicherer haben ihren Hauptsitz in der Schweiz. In der Region Zürich, hat sich in den letzten Jahren ein Rückversicherungs-Cluster gebildet. Verschiedene globale und internationale Rückversicherungs-Gesellschaften haben ihren Hauptsitz in die Schweiz verlegt, dank attraktiven Standortbedingungen und hochqualifizierten Fachkräften. Dieser Zugang zu Fachkräften und Spezialisten aus aller Welt ist für diese Unternehmen überlebenswichtig. Die Assekuranz gilt als Branche der 1 000 Berufe. Fast die Hälfte der Mitarbeitenden der Branche hat einen Hochschulabschluss. Die Versicherer beklagen sich zunehmend über den Fachkräftemangel, trotz erheblicher und sogar verstärkter Investitionen in die Aus- und Weiterbildung. Insbesondere die Personenfreizügigkeit ermöglicht es, die aktuellen und erwarteten Personallücken zu füllen. Wenn dies nicht mehr möglich ist, werden insbesondere die global tätigen Versicherer vor grossen Problemen stehen.

Der Erfolg der Versicherungsbranche hängt eng mit dem Wohlstand und der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz zusammen. Aufgrund der Erfahrungen der Assekuranz mit den europäischen Behörden im Finanzbereich ist die Drohung ernst zu nehmen, wonach die Bilateralen I bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit durch die Schweiz bedroht sind. Ein Ende der Bilateralen hätte wohl fatale Folgen für die lange Erfolgsgeschichte der Schweizer Versicherungswirtschaft.

## **Die Bilateralen Verträge I sind für die MEM-Industrie unverzichtbar**

Referat von Hans Hess, Präsident Swissmem

Geschätzte Damen und Herren

Die SVP will mit ihrer Abschottungsinitiative die Personenfreizügigkeit mit der EU torpedieren. Damit greift sie eine der vier Grundfreiheiten im Europäischen Binnenmarkt an. Für die Unternehmen der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie hätte das Ende der Personenfreizügigkeit massive negative Folgen. Bereits heute haben 75% der Unternehmen in unserer Branche Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden. Auch wenn wir die bestehenden Potenziale noch besser nutzen, kann der Schweizer Arbeitsmarkt diesen Mangel nicht beheben. Ohne Fachkräfte büssen die Unternehmen an Innovationskraft und damit an Wettbewerbsfähigkeit ein. Das können sie sich aber im harten, internationalen Wettbewerb nicht leisten. Deshalb sind die Unternehmen darauf angewiesen, Fachkräfte auch im europäischen Raum zu rekrutieren. Wenn exportorientierte Unternehmen dies nicht mehr können, werden sie ins Ausland getrieben. Denn sie müssen dorthin gehen, wo sie die dringend benötigten Fachkräfte vorfinden.

Es steht aber noch viel mehr auf dem Spiel. Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit bliebe der EU nichts anderes übrig, als die gesamten Bilateralen Abkommen mit der Schweiz zu beenden. Die Folgen wären verheerend: Die Unternehmen der MEM-Industrie erwirtschaften mehr als die Hälfte des Umsatzes in Europa. Sie haben heute einen nahezu gleichberechtigten Zugang zum Europäischen Binnenmarkt wie ihre Konkurrenten in der EU. Kämen die Bilateralen Verträge zu Fall, verlöre die Schweiz neben der Personenfreizügigkeit auch so wichtige Abkommen wie das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse, das Forschungsabkommen und das Abkommen über die öffentliche Beschaffung. Diese Abkommen sind in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Aber für die MEM-Industrie sind sie von sehr grosser Bedeutung. Ohne diese Abkommen entstünden enorme Nachteile für die Schweizer Exportwirtschaft. Hinzu käme eine riesige Verunsicherung im Verhältnis zu unserem wichtigsten Handelspartner. Wie lähmend sich Verunsicherung auswirkt, haben wir in den letzten Jahren miterlebt. Es würden Jahre vergehen, bis wir wieder einen ähnlich guten Zugang zum Europäischen Binnenmarkt hätten wie heute. Es stellt sich nur die Frage, ob wir dann immer noch so viele, erfolgreiche international tätige Unternehmen in der Schweiz ihren Standort hätten wie heute.

Das Schlimmste ist, dass dies alles ohne Not und ohne Alternative erfolgt. Diese Initiative ist ein Spiel mit dem Feuer, ein russisches Roulette. Die Schweiz kann damit nur verlieren. All jene, die an einem innovativen, international erfolgreichen Werkplatz interessiert sind, müssen am 9. Februar ein Nein zur SVP-Initiative in die Urne werfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

6. Januar 2014

Weitere Auskünfte erteilt:

Swissmem Kommunikation  
Pfingstweidstrasse 102  
Postfach  
CH-8037 Zürich  
Tel. 044 384 41 11 / Fax 044 384 42 42  
E-Mail: presse@swissmem

## Medienkonferenz der Wirtschaft

Montag, 6. Januar 2014

Es gilt das gesprochene Wort

# Den Erfolg der Schweiz nicht aufs Spiel setzen

Heinz Karrer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben es nun gehört, die Schweizer Wirtschaft spricht sich in ihrer ganzen Breite gegen die Abschottungsinitiative der SVP aus. Von den Bauern, über die Hotellerie, Chemie und Dienstleistungsbranche bis zur Maschinen-, Textil- und Uhrenindustrie.

Warum ist klar: Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit hätte erstens verheerende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, denn unsere innovativen Unternehmen sind auf Spezialisten angewiesen. Auch weil sie in einem harten internationalen Wettbewerb stehen. Zweitens hat eine teure staatliche Planwirtschaft in Form der Wiedereinführung eines Kontingentsystems zu viele Nachteile. Die vorgeschlagene Alternative ist also untauglich. Und drittens – man kann nicht genug davor warnen – geht von der Initiative eine ernsthafte Gefahr für die Bilateralen aus. Eine Kündigung dieser Verträge würde uns ins Mark treffen.

Europa ist mit 500 Millionen Konsumenten der wichtigste Markt für Schweizer Produkte. Im letzten Jahr haben wir Waren im Wert von fast 120 Milliarden Franken nach Europa verkauft. Wir können uns an grossen europäischen Forschungsprogrammen beteiligen und uns um öffentliche Ausschreibungen bewerben. Dies betrifft Aufträge von jährlich rund 1500 Milliarden Franken. Die EU-Staaten anerkennen die Zulassungen und Zertifizierungen unserer Industrieprodukte und die EU-Zölle für unsere Agrarprodukte werden stetig abgebaut.

Weil die SVP mit ihrer Abschottungsinitiative eben nicht nur das Erfolgsmodell Personenfreizügigkeit riskiert, sondern gleichsam die Bilateralen Verträge aufs Spiel setzt, ist das Volksbegehren abzulehnen.

Rückfragen:

Oliver Steimann

Telefon: +41 44 421 35 35

E-Mail: [oliver.steimann@economiesuisse.ch](mailto:oliver.steimann@economiesuisse.ch)